

9. Mai 2014 13:07

Wasserprivatisierung in Thessaloniki Rein ins kalte Wasser

Von Christiane Schlötzer

Im griechischen Thessaloniki wehren sich Bürger gegen die Veräußerung der Wasserwerke an Konzerne. Sie wollen sie kurzerhand selbst kaufen. Und zwar mit Hilfe von Bill Gates.

Der Weg zu Lazaros Aggelou führt vorbei an Mandarinenkisten und Mehlsäcken in ein improvisiertes Büro. Der Mann saß einst im Vorstand des größten griechischen Telekommunikationskonzerns, nun managt der 64-Jährige eine alternative Supermarkt-Kooperative. An Karotten und Kürbis aber war der Besucher aus New York nicht interessiert, der Aggelou vor einer Weile in [Thessaloniki](#) aufsuchte. Bob Apfel, Experte für globales digitales Banking, bot Aggelou Hilfe bei der Umsetzung einer außergewöhnlichen Idee an: dem Kauf der Trinkwasserversorgung von Thessaloniki - und zwar mithilfe von Mikrokrediten der Bill & Melinda Gates Stiftung, der größten Privatstiftung der Welt.

"Nächtelang haben wir über den Atlantik hinweg geskyp't", erzählt Aggelou. Von Apfel hatte er vorher nur gewusst, dass er 2012 mitgeholfen hat, den griechischen Schuldenschnitt mit seinen Computerprogrammen abzuwickeln. Und dieser Amerikaner wollte nun ein paar Aktivisten im Norden [Griechenlands](#) unter die Arme greifen? Damit sie wie David gegen Goliath ihr Stadtwasser vor privaten Investoren retten? "Er hat gesagt: Ich liebe Griechenland." So erinnert sich Aggelou.

[Wasser](#) ist in Griechenland schon deshalb ein besonderer Stoff, weil es rarer ist als andernorts. Es gibt Inseln ohne Quellen, sie müssen mit Wasserschiffen versorgt werden. Vielerorts ist das Wasser aus dem Hahn so schlecht, dass Berge aus Plastikflaschen in den Himmel wachsen. In Thessaloniki ist das Trinkwasser eher gut und günstig.

Die Idee, für die sich Apfel so begeistert, klingt simpel: Jeder Haushalt Thessalonikis zahlt einmalig 136 Euro. Auf diese Summe kommt man, wenn man den angenommenen Wert der zum Verkauf anstehenden Werke durch die Zahl der Wasseranschlüsse teilt. "K 136", heißt die Bürgerinitiative deshalb. Das "K" steht für Kinisi (Bewegung). Denen, die sich diese Summe nicht leisten können, stünden dann die Mikrokredite von Gates zur Verfügung.

"Das ganze Verfahren ist nicht transparent"

Das allerdings könnte sich beißen mit dem Privatisierungsprogramm, das der hochverschuldete Staat der EU versprochen hat. Zum Verkauf stehen Flug- und Seehäfen, Kraftwerke und Kasernen, die Wasserwerke von Athen und Thessaloniki. Der Hedgefonds des US-Milliardärs John Paulson hat gerade 9,9 Prozent des Athener Versorgers erworben. Für die profitable Gesellschaft in Thessaloniki interessieren sich zwei Konsortien: der französische Konzern Suez mit dem

griechischen Bau- und Medienunternehmer Leonidas Bobolas und eine Firma aus Israel mit griechischen Partnern aus der Energie- und Medizinbranche.

Auch K 136 hat sein Interesse offiziell bekundet. Die Privatisierungsbehörde aber hat die Initiative nicht eingeladen, ein Angebot abzugeben. "Das ganze Verfahren ist nicht transparent", sagt Aggelou. "Dagegen klagen wir vor Gericht."

Claus Kittsteiner, 70, kennt sich aus mit undurchsichtigen Verträgen. Der Deutsche gehört zu den Gründern des "[Berliner](#) Wassertischs". Nun ist er in Thessaloniki, denn hier möchten sie den Erfolg des Berliner Volksentscheids von 2011 wiederholen: mit einem Referendum am 18. Mai, dem Tag der landesweiten Kommunalwahl. Das ist eine Premiere für Griechenland, und Kittsteiner ist hier als Ratgeber, denn: "Was die EU von Griechenland verlangt, ist gegen den europäischen Trend."

So erzwangen die Berliner mit der Abstimmung erst die Offenlegung des für die Stadt höchst ungünstigen Verkaufsvertrags. Die Folge: Berlin hat gerade sein Wasser zurückgekauft - und viel Geld dafür an die Konzerne [RWE](#) und Veolia (mit Sitz in Paris) bezahlt. Auch Paris hat sein Wasser rekommunalisiert. Die Konzerne, so Kittsteiner, hätten wenig Interesse an der Wasserqualität gezeigt, aber die Preise erhöht. Leitungen seien unsaniert geblieben. Drastische Folgen hat dies in London, wo RWE ein viktorianisches Netz übernahm und inzwischen wieder abgestoßen hat. "In maroden Leitungen mindert man den Druck, da bekommen Leute im dritten Stock kein Wasser mehr", erzählt Kittsteiner.

"Wir haben gesehen, was mit unserem Land geschieht"

Eleni Pittas hat sich wasserblaue Strähnen ins graue Haar gefärbt. 20 Jahre hat die Griechin in [London](#) gelebt. Auch deshalb sitzt sie jetzt als freiwillige Helferin in einem Info-Kiosk von "SOSte to Nero" (Rettet das Wasser) im Rathaus. SOSte to Nero kämpft auch dagegen, dass 51 Prozent der Wasserwerke von Thessaloniki (in Berlin waren es nur 49,9 Prozent) an Investoren gehen. Aber im Gegensatz zu K 136 ist diese Initiative skeptisch, ob man das Wasser gleich den Bürgern überlassen könne. Sie vertraut eher dem Staat, auch wenn dessen Ruf im fünften Krisenjahr so ruiniert ist, dass viele Leute, wie Pittas oft hört, wenn sie für das Referendum wirbt, "keine Beamten mehr sehen wollen".

Alle Aktivisten aber betonen, bei der Abstimmung ziehe man an einem Strick. Helfen wollen auch die elf Bürgermeister im Großraum Thessaloniki und der Rathauschef der Stadt, Giannis Boutaris, der als Unabhängiger den Ruf eines Erneuerers genießt. Sie wollen die Wahlurnen aufstellen. Auch die Kirche gilt als Unterstützer. Einige Bürgermeister werfen selbst ein Auge auf das Wasser und träumen von kommunaler statt staatlicher Versorgung.

"Viele Gemeinden sind korrupt", warnt Janna Tsokou, die ebenfalls für SOSte to Nero kämpft und zugibt: "Was nach einem erfolgreichen Referendum passiert, ist unklar." Die Theaterwissenschaftlerin aber sagt auch: "Wir haben gesehen, was mit unserem Land geschieht, mit unserer Würde, wir sind sensibilisiert." Und Wasser sei ein so wichtiges Gut, das dürfe man sich nicht wegnehmen lassen. "Wasser gehört niemandem und allen."

Ärger macht auch, dass die Infrastruktur in Thessaloniki mit 100 Millionen Euro aus EU-Fonds saniert werden soll. Davon würden die Privaten profitieren, die nach Medienberichten nicht viel mehr als diese Summe zahlen sollen. Die Auszählung des Referendums will die Rechtsanwaltskammer beaufsichtigen. "Glaubwürdigkeit ist wichtig", sagt Aggelou. Dumm nur, dass die Volksabstimmung keine Gesetzeskraft hat. Dafür bräuchte es ein Dekret des Präsidenten. Das gab es nur einmal seit dem Ende der Diktatur 1974: Für ein Referendum zur Abschaffung der Monarchie. Das ging glatt durch. Aggelou hofft, dass die Regierung von Antonis Samaras auch ein positives Ergebnis in Thessaloniki "respektiert".